

Wahlprüfsteine 2017

Aktuelle Themen, die bewegen – leicht lesbar!



Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. bringt sich auch im Wahljahr 2017 ein und fragte bei den Bundestags-Parteien ihre politischen Positionen und Konzepte ab.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 und 2013 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien sowie die FDP und AfD auf die Prüfsteine geantwortet.

Die Parteien äußerten sich zu wahlentscheidenden Themen - in kurzen, einfachen und leicht verständlichen Sätzen.



Hier die Antworten von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)

Frage 1: Was will Ihre Partei für die innere Sicherheit in Deutschland tun?

Wir setzen auf einen starken Staat, der verlässlich für den Schutz seiner Bürger sorgt. Wir wollen Polizei, Justiz und Sicherheitsbehörden weiter stärken. Die Zahl der Polizisten in Bund und Ländern werden wir noch einmal um 15 000 erhöhen.

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. - Berliner Platz 8-10 - 48143 Münster

Tim Henning
0251-49099641
t.henning@alphabetisierung.de

Stephanie Blume
0251-49099631
s.blume@alphabetisierung.de

Stefan Wälte
0251-49099637
s.waelte@alphabetisierung.de

So steigern wir auch die sichtbare Präsenz der Polizisten auf Straßen und Plätzen, in Zügen, auf Bahnhöfen und Flughäfen. An öffentlichen Gefahrenorten – wie etwa in Einkaufszentren, vor Fußballstadien und an Verkehrsknotenpunkten – werden wir den Einsatz intelligenter Videokameras auch zu Fahndungszwecken verstärken. Auch die Ausrüstung unserer Polizisten werden wir weiter verbessern – etwa mit ballistischen Schutzwesten und -helmen. Im Kampf gegen Einbruchsdiebstahl werden wir es ermöglichen, dass auch Telefongespräche von Einbrechern überwacht werden können. Wir werden staatliche Zuschüsse weiter ausbauen, um Eigentümer und Mieter dabei zu unterstützen, Türen und Fenster besser zu sichern, damit Einbrecher dort gar nicht erst eindringen können.

Frage 2: Was will Ihre Partei unternehmen, um uns zukünftig vor Terroranschlägen zu schützen?

Wir haben im Kampf gegen den Terror unsere Sicherheitsgesetze verschärft und eine neue Anti-Terror-Einheit der Bundespolizei geschaffen. Die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum werden wir in Absprache mit den Ländern so weiterentwickeln, dass dort gemeinsam über verbindliche Maßnahmen gegen islamistische Gefährder entschieden werden kann.

In besonderen Gefährdungslagen werden wir die Bundeswehr unter Führung der Polizei unterstützend einsetzen. Moscheen, in

denen Hass gepredigt und zum Dschihad aufgerufen wird, müssen intensiv beobachtet und dann geschlossen werden. Islamistische Spendensammelvereine müssen weiterhin verboten, Hassprediger mit der Härte des Gesetzes verfolgt und abgeschoben werden. Wir wollen, dass politisch-religiöse Einflussnahmen aus dem Ausland noch entschlossener abgewehrt werden. Wir wollen das Werben um Sympathie für kriminelle und terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe stellen.

Frage 3: Wie will Ihre Partei mit geflüchteten Menschen in Deutschland umgehen?

In den vergangenen Jahren hat Deutschland viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern aufgenommen. Wir wollen, dass sie sich in unsere Gesellschaft integrieren und Teil von ihr werden. Hierfür folgen wir dem Ansatz des Forderns und Förderns. Dazu streben wir den Abschluss von verbindlichen Integrationsvereinbarungen an. Auch mit dem Integrationsgesetz von 2016 haben wir dafür die Voraussetzung geschaffen. Wir haben die Sprach- und Integrationskurse ausgeweitet und Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt verbessert.

Durch ein regelmäßiges Integrations-Monitoring wollen wir den Erfolg unserer Bemühungen überprüfen und Fehlentwicklungen frühzeitig korrigieren. Dies ist im Interesse aller Beteiligten. Wir wollen, dass möglichst alle, die mit Bleibeperspektive neu nach Deutschland kommen, baldmöglichst ihren Lebensunterhalt selbst

verdienen können. Dazu müssen sie Deutsch lernen und eine Ausbildung absolvieren. Wer sich der Integration verweigert und unsere Rechtsordnung missachtet, muss mit Konsequenzen rechnen, die bis zum Verlust der Aufenthaltsberechtigung reichen können.

Frage 4: Welche Schwerpunkte will Ihre Partei in der Europapolitik setzen?

CDU und CSU stehen für ein starkes Europa, das seine Interessen wahrt und seine internationale Verantwortung wahrnimmt. Wir wollen ein Europa, in dem wir gut, frei und sicher leben können und das sich gemeinsam gegen Angriffe von außen verteidigen kann. Unser Ziel ist ein Europa, das bei den großen Fragen handlungsfähig ist, aber den Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen so viel Spielraum wie möglich lässt. Dafür werden wir mit unseren europäischen Partnern weiter arbeiten.

Denn: Europa stärken heißt Deutschland stärken. Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden. Unser Ziel ist, in der ganzen Europäischen Union (EU) mehr Wachstum und sichere neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür wollen wir zum Beispiel Hindernisse in der Digital- und Energiewirtschaft sowie dem Kapitalmarkt abbauen. Mit der neuen französischen Regierung werden wir daran arbeiten, die Euro-Zone weiter zu stabilisieren. Wir helfen bei der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftsprobleme sowie der Jugendarbeitslosigkeit einiger EU-

Mitglieder. Wir wollen den Erfolg aller. Für CDU und CSU ist dabei klar, dass sich alle EU-Mitglieder an gemeinsam vereinbarte Regeln halten müssen. Die gemeinsame Haftung für Schulden und eine Vergemeinschaftung der sozialen Sicherungssysteme lehnen wir ab. Vielmehr müssen wir darauf hinwirken, dass die Mitgliedstaaten nachhaltige Reformen in ihren Sozialsystemen einleiten. Europa muss künftig mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen können. Daher streben wir eine Europäische Verteidigungsunion an. Wir brauchen sichere EU-Außengrenzen. Deshalb wollen wir die EU-Grenzschutzagentur Frontex weiter stärken, das Europäische Asylsystem reformieren und weitere Übereinkünfte nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens schließen. Den Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden der EU-Staaten wollen wir ausbauen und verbessern, denn Terrorismus und organisierte Kriminalität sind grenzenlos. Mit einem EU-Ein- und Ausreiseregister wollen wir verhindern, dass Kriminelle und Terroristen unerkannt nach und durch Europa reisen. Dafür müssen die EU-Staaten an den Außengrenzen mit einer Identitäts- und Sicherheitsüberprüfung lückenlos kontrollieren, wer in die EU einreist.

Frage 5: Was unternimmt Ihre Partei gegen drohende Altersarmut?

CDU und CSU stehen dafür ein, dass die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner auch in Zukunft berechenbar und angemessen sind. Denn wir wollen Altersarmut vermeiden. CDU und CSU bekräftigen die Rentenreform der Großen Koalition von 2007. Sie hat die entscheidenden Weichen bis zum Jahr 2030 umfassend und erfolgreich gestellt. Damit wurde auch die Generationengerechtigkeit verlässlich gesichert. Unsere erfolgreiche Politik der letzten zwölf Jahre hat dazu geführt, dass neue Arbeitsplätze und Wachstum entstanden sind. Das hat die lange Zeit prekäre Lage der Rentenversicherung deutlich verbessert und die gesetzliche Rente stabilisiert. Das Rentenniveau hat sich besser entwickelt, als in den Prognosen vorhergesagt:

Derzeit liegt das Rentenniveau bei 48,2 Prozent und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte gestiegen. Dies kommt Millionen von Rentnern zugute. Durch die gute Wirtschaftslage sind die Renten in den letzten Jahren oberhalb der Inflationsrate gestiegen. Die Rentnerinnen und Rentner haben wieder Teil am wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll.

Frage 6: Steuersenkungen, Investitionen, Schuldenabbau. Wofür will Ihre Partei das überschüssige Steuergeld benutzen?

Die von CDU und CSU geführte Bundesregierung hat in den letzten Jahren gut gearbeitet und viel erreicht. Wir nehmen seit 2014 keine neuen Schulden mehr auf und investieren immer mehr Geld in wichtige Zukunftsaufgaben. Zudem stärken wir die innere, äußere und soziale Sicherheit. Mit künftigen Überschüssen wollen wir vor allem:

- mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren,
- Familien und Kinder stärker fördern,
- Steuern senken – vor allem für die Menschen, die tagtäglich hart arbeiten sowie
- mittel- und langfristig vorhandene Schulden tilgen.

Frage 7: Wo will Ihre Partei im Bereich Bildung Schwerpunkte setzen?

CDU und CSU wollen, dass alle Kinder in Deutschland unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Bildungsstand der Eltern die beste verfügbare Bildung und Ausbildung erhalten. Daher setzen wir uns sowohl für die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler ein wie für die leistungsstarken. Außerdem wollen wir sicherstellen, dass Grundschulkinder in Zukunft einen Rechtsanspruch auf eine außerfamiliäre Betreuung am Nachmittag haben.

Das erhöht die Bildungschancen gerade für die Kinder, denen die Eltern nicht bei den Hausaufgaben helfen können. Des Weiteren werden wir dafür sorgen, dass unsere Schulen die Ausstattung bekommen, um ausreichend junge Menschen auf ihr Berufsleben in der digitalen Welt vorzubereiten. Die weitere Stärkung der beruflichen Bildung ist uns ebenfalls sehr wichtig: Wir wollen mit dem Modell der „Höheren Berufsbildung“ neue Aufstiegschancen für dual Ausgebildete schaffen. Damit eröffnen wir aufstiegsorientierten Menschen ohne Abitur und Studium neue attraktive Karriereperspektiven.

Frage 8: Trotz Mindestlohn müssen viele Familien das Gehalt aufstocken, sollte sich etwas ändern?

CDU und CSU werden die finanzielle Situation junger Familien spürbar verbessern, indem wir den Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben und gleichzeitig das Kindergeld erhöhen.

In einem ersten Schritt werden wir das Kindergeld um 25 Euro je Kind anheben. 300 Euro mehr pro Kind und Jahr sind ein starkes Signal. Gleichzeitig steigt der Kinderfreibetrag.

Den zweiten Schritt werden wir abhängig von der wirtschaftlichen Lage verwirklichen, aber spätestens in der darauffolgenden Wahlperiode. Außerdem wollen wir jungen Familien beim Erwerb von Wohneigentum helfen:

CDU und CSU werden ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro je Kind und pro Jahr neu einführen. Das Baukindergeld soll über einen Zeitraum von zehn Jahren gezahlt werden. Dieser Anspruch soll für alle Kaufverträge beziehungsweise Baugenehmigungen gelten, die seit dem 1. Juli 2017 neu abgeschlossen oder erteilt wurden. Damit Familien bestmöglich von den staatlichen Unterstützungsangeboten profitieren, wollen wir eine Anlauf- und Auskunftsstelle für alle Familienangelegenheiten schaffen.